II-5041 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr: 2524/J
1992 -02- 28

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Schmidt
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Abschaffung des Genossenschaftsprivilegs im Kartellgesetz

Der zur Begutachtung versandte Entwurf einer Kartellgesetznovelle 1992 enthält zwar Vorschläge zu einer besseren Formulierung der Anwendungsbeschränkungen auf Genossenschaften, aber keine inhaltliche Einschränkung dieses Privilegs.

Angesichts monopolartiger Strukturen insbesondere im Umfeld der Landwirtschaft erscheint ein Überdenken der Ausnahme der Genossenschaften aus dem Anwendungsbereich des Kartellgesetzes durchaus notwendig und angebracht zu sein. Nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten sollte das bestehende Genossenschaftsprivileg nur den echten Primärgenossenschaften als Selbsthilfegruppen zugutekommen, aber nicht insbesondere großen Genossenschaftsverbänden, die sich von anderen Wirtschaftsunternehmen eigentlich nicht unterscheiden, aber erhebliche Wettbewerbsverzerrungen hervorrufen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

Anfrage:

1. Werden Sie in der Regierungsvorlage zu einer Kartellgesetznovelle 1992 die Beseitigung oder wesentliche Einschränkung des Genossenschaftsprivilegs in § 5 Kartellgesetz vorsehen? Wenn nein, warum nicht?

2. Halten auch Sie eine Unterscheidung zwischen Primärgenossenschaften, die überwiegend den klassischen Selbsthilfecharakter der Genossenschaften präsentieren, und Genossenschaften bzw. Genossenschaftsverbänden, die sich in ihrem Verhalten auf dem Markt von anderen Unternehmen nicht unterscheiden, für wünschenswert?

fpc107/jkartell.gug